

Niederschrift

über die 20. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch, 05.03.2014 um 16:50 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Bürgermeister Horst Thiele

Ratsmitglieder

Frau Birgit Alkenings	SPD	
Frau Anabela Barata	SPD	
Herr Torsten Brehmer	SPD	bis TOP 9
Frau Dagmar Hebestreit	SPD	
Herr Rolf Mayr	SPD	
Herr Hans-Werner Schneller	SPD	
Herr Kurt Wellmann	SPD	für Torsten Brehmer zu TOP 10 - 16
Frau Birgit Behner	Allianz für Hilden	
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann	Allianz für Hilden	
Herr Friedhelm Burchartz	Allianz für Hilden	
Frau Marlene Kochmann	Allianz für Hilden	für Hans-Werner Horzella
Frau Angelika Urban	Allianz für Hilden	
Frau Marion Marlies Buschmann	CDU	
Frau Claudia Schlottmann	CDU	
Herr Norbert Schreier	CDU	
Herr Rudolf Joseph	FDP	
Herr Thomas Remih	FDP	
Frau Sabine Kittel	BÜRGERAKTION	
Herr Ludger Reffgen	BÜRGERAKTION	
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis90/Die Grünen	
Herr Hartmut Toska	Bündnis90/Die Grünen	

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Norbert Danscheidt
Herr Beig. Reinhard Gatzke
Frau Beig. Rita Hoff
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete
Herr Lutz Wachsmann
Herr Michael Witek
Herr Roland Becker

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Anregungen und Beschwerden
 - 3.1 Öffentlicher Bücherschrank
WP 09-14 SV 41/136/1
 - 3.2 Aufstellung einer Give-Box
WP 09-14 SV 01/125
 - 3.3 Erinnerungstafel "Altes Helmholtz-Gymnasium"Hilden, Gerresheimer Str. 20
WP 09-14 SV 41/139/1
 - 3.4 Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Nahbereich des Schulzentrums auf der Gerresheimer Straße
WP 09-14 SV 66/105/1
 - 3.5 Verpflichtung von Investoren zu sozialem Wohnungsbau oder zum Bau von "altengerechten sozialen" Wohnungen oder Mehrgenerationenhäusern
WP 09-14 SV 61/231
 - 3.6 Urban-Gardening
WP 09-14 SV 66/175
- 4 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses
 - 4.1 Beleuchtung der Straßen, Wege, Plätze und der Fußgängerzone
WP 09-14 SV 66/166
 - 4.2 Finanzielle Abwicklung der ÖPNV-Pauschale gem. ÖPNV-Gesetz NRW
WP 09-14 SV 61/238
- 5 Sonstige Ratsangelegenheiten
 - 5.1 Partnerschaftliche Aktivitäten mit Nove Mesto n. M. 2014 und Jubiläum 25 Jahre Partnerschaft
WP 09-14 SV 01/119

- 5.2 Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen / Schulhöfen im Stadtgebiet 2014
hier: Unterlagen nach §14 GemHVO
WP 09-14 SV 66/176
- 5.3 Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Hilden
hier: Maßnahmenliste zur Umsetzung des Konzeptes
WP 09-14 SV 66/173/1
- 5.4 Ordnungs- und planungsrechtliche Bewertung von Wettannahmestellen im Stadtgebiet Hilden
WP 09-14 SV 32/026
- 6 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
 - 6.1 Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 16.09.2013 bis 31.12.2013
WP 09-14 SV 20/131
 - 6.2 Entwurf der Haushaltssatzung 2014 und Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt
WP 09-14 SV 20/132
- 7 Anträge
 - 7.1 Kostenloses WLAN in der Hildener Innenstadt - Antrag der FDP-Fraktion
WP 09-14 SV 10/079
 - 7.2 Verkehrssicherheit DB-Brücke, Antrag der Fraktion ALLIANZ für Hilden
WP 09-14 SV 66/162
- 8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
 - 8.1 Konnexität der Inklusionskosten
- 9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
 - 9.1 Antrag CDU - Umplanung des Wendehammers auf dem Azaleenweg
 - 9.2 Antrag FDP - Einführung einer Investitionsgrenze

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Bürgermeister Thiele, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Rates, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen vollständig zugegangen seien.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 CO-Pipeline der Firma Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bezüglich der CO-Pipeline der Fa. Bayer Material Science lagen keine neuen Informationen vor.

3 Anregungen und Beschwerden

3.1 Öffentlicher Bücherschrank

WP 09-14 SV
41/136/1

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis von dem nachstehenden Beschluss des Ausschusses für Kultur- und Heimatpflege:

„Der Ausschuss für Kultur und Heimatpflege beschließt, der Anregung zu folgen und einen weiteren öffentlichen Bücherschrank aufzustellen.
Über die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.“

3.2 Aufstellung einer Give-Box

WP 09-14 SV
01/125

Die Vertreter der Fraktionen standen der Anregung überwiegend positiv gegenüber unter dem Vorbehalt, dass ein sozialer Träger gefunden wird, der eine solche „Give-Box“ betreut, d.h. kontrolliert und ggfls. aufräumt.

Es bestand Einvernehmen, dass die Verwaltung zunächst bei den sozialen Organisationen in Hilden eine Bereitschaft hierzu nachfragt und anschließend den Haupt- und Finanzausschuss über das Ergebnis informiert.

3.3 Erinnerungstafel "Altes Helmholtz-Gymnasium" Hilden, Gerresheimer Str. 20

WP 09-14 SV
41/139/1

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis von dem nachstehenden Beschluss des Ausschusses für Kultur- und Heimatpflege:

„Der Ausschuss für Kultur und Heimatpflege beschließt, der Anregung zu folgen und eine Erinnerungstafel im Gebäude des Kultur- und Weiterbildungszentrum „Altes Helmholtz“ anzubringen. Gestaltung und Inhalt werden mit den Antragstellern abgestimmt werden. Über die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.“

3.4 Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Nahbereich des Schulzentrums auf der Gerresheimer Straße

WP 09-14 SV
66/105/1

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm nachstehenden Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses zur Kenntnis.

„Der Stadtentwicklungsausschuss lehnt der Antrag nach §24 GO NW ab.“

3.5 Verpflichtung von Investoren zu sozialem Wohnungsbau oder zum Bau von "altengerechten sozialen" Wohnungen oder Mehrgenerationenhäusern

WP 09-14 SV
61/231

Die Vertreter der Fraktionen erklärten übereinstimmend, dass die Intention der Anregung durchaus gut und richtig sei, auch wenn der Antragsteller überwiegend Fragen aufwirft, die die Verwaltung in ihrer Stellungnahme auch beantwortet. Unabhängig davon verwies Rm. Alkenings/SPD darauf, dass im Rahmen der Bebauungsplanverfahren diese Fragen regelmäßig diskutiert würden und weitere, darüber hinaus gehende Diskussionen nicht sinnvoll seien.

Antragstext:

Der Arbeitskreis Kommunalpolitik Hilden der Piratenpartei NRW und der Antragsteller Andreas Benoit bitten den Rat und die Verwaltung der Stadt Hilden darum, sich bei zukünftigen Planungen für die Zulassung von Neubauvorhaben bzw. der Ausweisung von Neubauflächen sowie den Verkauf von städtischen Flächen mit folgenden Fragen zu beschäftigen:

1. Können Investoren verpflichtet werden, einen prozentualen Anteil der Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zu realisieren?
2. Können Investoren verpflichtet werden, ihr Neubauvorhaben im Rahmen des altersgerechten sozialen Wohnens oder als Mehrgenerationenhaus zu realisieren?

Die Piraten schlagen vor, bereits heute dieses Thema mit allen Bevölkerungsgruppen und Interessenvertretern im Rahmen offener Anhörungen zu diskutieren.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig abgelehnt

3.6 Urban-Gardening

WP 09-14 SV
66/175

Auch hier fanden die Ausschussmitglieder die Intention der Anregung gut, bezweifelten aber – für das Stadtgebiet Hilden - die Sinnhaftigkeit von grundsätzlichen Untersuchungen aller öffentlichen Grünflächen. Vielmehr sollten interessierten Bürger im konkreten Einzelfall verwaltungsseitig geholfen werden.

Antragstext:

1. Welche öffentlichen Grünflächen gibt es, die prinzipiell für das Urban Gardening geeignet sind? Dabei sollte besonders untersucht werden, inwieweit Flächen im Geltungsbereich neuerer Bebauungspläne in Frage kommen, bzw. ob auch innerhalb von Bebauungsplänen im Aufstellungsverfahren geeignete Flächen bereitgestellt werden könnten.
2. Gibt es (versiegelte) Brachflächen die - auch temporär - für einen mobilen Urban Gardening Ansatz mit Pflanzbehältern und anderen mobilen Einrichtungen genutzt werden können?

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig abgelehnt

4 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

4.1 Beleuchtung der Straßen, Wege, Plätze und der Fußgängerzone

WP 09-14 SV
66/166

Die Baudezernentin, Beig. Hoff, erklärte, dass rechtlich keine Bedenken bestünden, wenn die Verwaltung einen konkreten Lampentyp im Bieterverfahren vorgeben würde. Insofern spreche nichts dagegen, wie vom Stadtentwicklungsausschuss vorgeschlagen, die Anschaffung des Lampentyps Calla zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden stimmt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss der Planung der Verwaltung zur Beleuchtung der Straßen, Wege und Plätze sowie der Fußgängerzone zu und beschließt:

1. Der europaweit auszuschreibende Straßenbeleuchtungsvertrag soll aus wirtschaftlichen Gründen eine Laufzeit von 10-20 Jahren haben. Die genaue Laufzeitfestlegung innerhalb dieses Rahmens erfolgt durch die Verwaltung im Vergabeverfahren.
2. Um die Funktionsfähigkeit und ein ausgewogenes Alter der Beleuchtungsanlagen langfristig sicherzustellen, wird das jährliche Budget ab 2015 auf 900.000€ für die Vertragslaufzeit des neuen Straßenbeleuchtungsvertrags erhöht. Hinzu kommt ggfls. aus dem Vergabeverfahren eine Preisindizierung.
3. Der noch vorhandene Bestand von rd. 1000 Quecksilberdampfleuchten soll möglichst schnell ausgetauscht werden, da es hierzu in Kürze keine Ersatzleuchtmittel mehr gibt. Dabei sollen im Regelfall, soweit technisch und wirtschaftlich möglich, energiesparende LED-Leuchten zum Einsatz kommen. Die entstehenden Kosten sind, mit Ausnahme des nachfolgend genannten Bereichs der Fußgängerzone, in dem o.a. Budget enthalten.
4. Auch die Quecksilberdampfleuchten der Fußgängerzone (einschließlich Schwanenstr., Eisengasse, Marktstr., Nove-Mesto-Platz und Kurt-Kappel Str.) sollen in 2016 auf LED-Leuchten umgerüstet werden. Dabei sollen dekorative Leuchten vom Typ

X Calla, Fa. Schreder
oder

~~☐ Campone, Fa. Hess~~
oder

~~☐ Emporium, Fa. Trilux~~

~~☐ Auf dem „Alten Markt“ soll eine historisierende Leuchte Typ Hilden der Fa. Trapp zum Einsatz kommen.~~

5. Die Finanzmittel für die unter Punkt 5 benannte Umrüstung werden separat im Haushalt 2016 im Produkt 120101 –Verkehrsflächen und Brücken- bereitgestellt. Sie betragen

X beim Typ Calla 533.000€
oder

~~☐ beim Typ Campone 616.000€~~
oder

~~☐ beim Typ Emporium 661.000€~~

Abstimmungsergebnis:
 Einstimmig beschlossen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss

1. Der Rat der Stadt Hilden bekräftigt, dass die Aufgabe der Bewirtschaftung der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW auch ab dem Jahr 2014 auf den Zweckverband VRR übertragen ist (vgl. § 5 Abs. 2 Nr. 3 Zweckverbandssatzung).
2. Der Rat der Stadt Hilden beschließt, 20% der ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW für eigene Zwecke zu beanspruchen. Die Verwendung der Mittel richtet sich nach den Vorgaben des ÖPNVG NRW und den entsprechenden Verwaltungsvorschriften.
3. Der Rat der Stadt beschließt, dass die verbleibenden Mittel in Höhe von 80 % der ÖPNV-Pauschale gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW vom Zweckverband VRR für Zwecke des ÖPNV (mit Ausnahme des SPNV) an öffentliche und private Verkehrsunternehmen, die den Gemeinschaftstarif nach § 5 Abs. 3 ÖPNVG NRW anwenden, für folgende Zwecke weiter zu leiten sind:

Alternative A

Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der Ausgleichsleistungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im ÖSPV;

Alternative B

Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der Ausgleichsleistungen für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen aus der Anwendung der Tarife für Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs im VRR-Gemeinschaftstarif;

Alternative C

Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der investiven Fahrzeugförderung.

4. Darüber hinaus stimmt der Rat der Stadt Hilden zu, dass die Verwaltung jährlich innerhalb des gesetzten Prozentrahmens zu 3. über die Anwendung der Varianten entscheidet und die Verteilung nach sachgerechten Erwägungen vornimmt.
5. Hinsichtlich der konkreten Festlegung für eine der Alternativen A – C entscheidet sich der Rat der Stadt Hilden für das Jahr 2014 in Abstimmung mit der Rheinbahn für die Alternative C (Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der investiven Fahrzeugförderung) sowie für die KVGM und die VGH für die Alternative A (Gewährung der ÖPNV-Pauschale durch die VRR AöR im Rahmen der Ausgleichsleistungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen im ÖSPV).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5.1	Partnerschaftliche Aktivitäten mit Nove Mesto n. M. 2014 und Jubiläum 25 Jahre Partnerschaft	WP 09-14 SV 01/119
-----	--	-----------------------

Beschlussvorschlag:

- A) Der Paten- und Partnerschaftsausschuss nimmt Kenntnis von den partnerschaftlichen Aktivitäten im Jahre 2014, besonders hinsichtlich des Bestehens der 25 jährigen Partnerschaft.
- B) Nach Vorberatung im Paten- und Partnerschaftsausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss beschließt der Rat der Stadt Hilden die Entsendung einer offiziellen Delegation in die Stadt Nové Město nad Metují aus Anlass des 25 jährigen Jubiläums der Partnerschaft in der Zeit vom **29. Mai – 01. Juni 2014** in der Zusammensetzung:
- Bürgermeister
 - Ausschussvorsitzende
 - 8 Ratsmitglieder (2x SPD, 2x Allianz, je 1 Vertreter der anderen Fraktionen)
 - „Vertreter der ersten Stunde“ der Partnerschaft aus Hilden (mit Partner)

Wegen der Kürze des Aufenthaltes wird auf eine Eigenbeteiligung verzichtet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

5.2	Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen / Schulhöfen im Stadtgebiet 2014 hier: Unterlagen nach §14 GemHVO	WP 09-14 SV 66/176
-----	--	-----------------------

Rm. Prof. Dr. Bommermann/ALLIANZ bemängelte erneut, dass die Vorlage nicht im Ausschuss vorberaten wurde und beantragte die Verweisung in den Jugendhilfeausschuss.

Die Vertreter der übrigen Fraktionen verwiesen darauf, dass dann erst eine Beschlussfassung im Herbst möglich wäre und dies aus Sicherheitsgründen nicht sinnvoll oder ratsam wäre. Die Verwaltung habe in der Ausschusssitzung auch ausreichend dargelegt, warum eine Vorberatung diesmal nicht möglich war. Darüber hinaus seien die Spielgeräte mit Beteiligung des Kinderparlamentes ausgewählt worden.

Sodann lehnte der Haupt- und Finanzausschuss den Verweisungsantrag der ALLIANZ-Fraktion mit 16 Nein Stimmen gegen die Stimmen der ALLIANZ-Fraktion ab.

Rm. Schneller/SPD beantragte anschließend, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass die Worte „nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss“ gestrichen werden.

Beschlussvorschlag (mit Änderung):

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt ~~nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss~~ die Lieferung und Montage fehlender bzw. defekter Spielgeräte auf den Spielplätzen sowie den Schulhöfen und Kindergärten im Stadtgebiet Hilden gemäß der Aufstellung des Tiefbau- und Grünflächenamtes und stimmt den vorgelegten §14GemHVO-Unterlagen und den ermittelten Gesamtkos-

ten in Höhe von 35.300,00 € (Schulhöfe und Kindergärten) und 139.100,00 € (Spielplätze) zu. (In den Beträgen sind die aktivierten Eigenleistungen enthalten!)

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Bei 5 Enthaltungen (ALLIANZ-Fraktion) einstimmig beschlossen

5.3 Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Hilden
hier: Maßnahmenliste zur Umsetzung des Konzeptes

WP 09-14 SV
66/173/1

Es entspann sich eine kontroverse Diskussion bezüglich der Einstellung eines Klimaschutzmanagers.

Nach Auffassung der Fraktion Bündnis90/Die Grünen sei es grundsätzlich wichtig, diesen Posten zu besetzen, damit die aufgeführten Maßnahmen durchgeführt werden können. Davon würden letztlich neben der Stadt und der Wirtschaftsförderung auch die Betriebe in Hilden, Hausbesitzer und Mieter und nicht zuletzt das Klima allgemein profitieren.

Rm. Remih/FDP sprach sich dafür aus, anstelle einer Neueinstellung vorhandenes Potential in der Verwaltung zu nutzen und einen Mitarbeiter/Architekten des Amtes für Gebäudemanagements entsprechend weiter zu bilden und zu schulen.

Auch Rm. Reffgen/BÜRGERAKTION hält die Investition generell für sinnvoll und plädierte im Hinblick auf die Haushaltssituation dafür, die Stelle auf die Dauer der Förderung (3 Jahre) befristet zu besetzen.

Die Vertreter der Fraktionen SPD und CDU sprachen sich dagegen mit Blick auf die Haushaltssituation gegen die Schaffung einer neuen Stelle oder Übertragung weiterer Aufgaben an vorhandene Mitarbeiter aus.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz sowie im Haupt- und Finanzausschuss im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes Hilden die Verwaltung mit der Durchführung der Maßnahmen

Nr 1

Nr 2

Nr 3

Nr 4

Nr 5

zu beauftragen. Über die Aufnahme in den Haushaltsplan 2014 wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.

Abstimmungsergebnisse:

Maßnahme Nr 1:

Bei 4 Ja-Stimmen (Fraktionen BÜRGERAKTION und Bündnis90/Die Grünen) gegen 17 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Maßnahme Nr 2:

Bei 2 Ja-Stimmen (Fraktion Bündnis90/Die Grünen) gegen 19 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Maßnahme Nr 3:

Bei 2 Ja-Stimmen (Fraktion Bündnis90/Die Grünen) gegen 19 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Maßnahmen Nr 4 und 5:

Abstimmung obsolet, da Maßnahmen nur in Verbindung mit einem Klimaschutzmanager (Maßnahme 1) möglich wären.

5.4	Ordnungs- und planungsrechtliche Bewertung von Wettannahmen im Stadtgebiet Hilden	WP 09-14 SV 32/026
-----	---	-----------------------

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

6.1	Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und investiven Auszahlungen für die Zeit vom 16.09.2013 bis 31.12.2013	WP 09-14 SV 20/131
-----	--	-----------------------

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis von den in der Zeit vom 16.09.2013 bis 31.12.2013 erteilten Genehmigungen zur Leistung von unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen (s. Anlage 1 der SV) und investiven Auszahlungen (siehe Anlage 2 der SV).

6.2	Entwurf der Haushaltssatzung 2014 und Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt	WP 09-14 SV 20/132
-----	--	-----------------------

Rm. Reffgen reichte für die Fraktion BÜRGERAKTION noch folgenden Antrag zum Haushaltsplanentwurf ein:

Pauschalkürzung aller städtischer Ausgaben um ein Prozent

Das Gesamtvolumen der Aufwendungen wird budgetübergreifend um ein Prozent gekürzt.

Begründung

Der Haushaltsplanentwurf für 2014 und die Finanzplanung bis 2017 des Stadtkämmerers sehen eine planmäßige Verdopplung der Verschuldung des Kernhaushalts von derzeit rd. 17 Mio. EUR auf mehr als 38 Mio. EUR in 2017 vor. Für 2014 bewertet der Kämmerer den Haushalt "vom Ergebnis her nicht 'positiv'" und weist aktuell ein Defizit von 8,6 Mio. EUR aus.

Eine pauschale Kürzung aller Budgets um ein Prozent wird insgesamt 1,821 Mio. EUR bedeuten, ohne dass dadurch die Leistungen der Stadtverwaltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen nennenswert und spürbar verschlechtert werden. Eine derartige lineare

Kürzung kann zwar aktuell die Aufnahme neuer Schulden nicht erübrigen, aber zumindest deutlich reduzieren. Dazu ist ein erster Schritt erforderlich.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass es zu einer gerechten Verteilung der Lasten kommt, bei der alle Aufgabenbereiche weitgehend gleichmäßig von Kürzungen betroffen sind. Ziel des Antrags ist auch eine höhere Budgetdisziplin in den einzelnen Dezernaten und Ämtern. Mittelfristig sollte die Stadt alle laufenden Ausgaben aus dauerhaften laufenden Einnahmen bestreiten. Das Instrument der globalen Minderausgabe ist auf dem Weg dorthin ein wirksames Mittel zur Reduzierung der Kreditaufnahme.

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt gegenüber dem vorgelegten Entwurf nachfolgende Änderungen:

=> siehe die der Niederschrift beigefügten Änderungslisten

2. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Fortsetzung folgender freiwilliger Maßnahme für einen weiteren Zeitraum von maximal drei Jahren (bis zum 31.12.2016):

Amt	Produkt	Zeile im Ergebnisplan	Empfänger	Verwendungszweck	Betrag	Beschluss vom
III/51	060312 Kindschaftsrechtsangelegenheiten	15 Transferaufwendungen	Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände	Vereinbarung über die Durchführung der Trennungs- und Scheidungsberatung	194.533 € bei Vertragsabschluss	29.12.2011 (rückwirkend zum 01.01.2011)

3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Beratungsergebnis die Haushaltssatzung 2014 mit ihren Anlagen, einschließlich der fortgeschriebenen Ergebnis- und Finanzplanung und der fortgeschriebenen Teilpläne (inkl. der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit) bis 2017 fertig zu stellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht über den Hildener Bürgerhaushalt 2014 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnisse:

Antrag der BÜRGERAKTION:

Bei 7 ja-Stimmen (Fraktionen ALLIANZ und BÜRGERAKTION), 12 Nein-Stimmen (Fraktionen SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen und Bürgermeister) und 2 Enthaltungen (FDP-Fraktion) mehrheitlich abgelehnt.

Ziffer 1 des Beschlussvorschlages:

siehe die der Niederschrift beigefügten Änderungslisten

Ziffer 2 – 4 des Beschlussvorschlages:

Einstimmig beschlossen

7 Anträge

7.1 Kostenloses WLAN in der Hildener Innenstadt - Antrag der FDP-Fraktion WP 09-14 SV 10/079

Auf entsprechende Nachfrage von Rm. Alkenings/SPD sagte die Verwaltung zu, bis zur Sitzung des Rates Rechtsklarheit zu schaffen, ob tatsächlich vorhandene kommerzielle Angebote ein Angebot der Stadt ausschließt.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses vertagten bis dahin eine Beschlussfassung

Antragstext(e):

Antrag Nr. 78 der RM Joseph und SB Hoppe (FDP) vom 18.12.2013:

Die Verwaltung wird gebeten:

1. Ein Konzept für die Einrichtung eines frei verfügbaren WLAN-Netzwerkes in der Hildener Innenstadt zu erarbeiten.
2. Darin die Möglichkeit für Kooperationen mit privaten Betreibern zu prüfen, damit für die Stadt keine Kosten und keine rechtlichen Risiken entstehen.
3. Das Gespräch mit den ansässigen Einzelhändlern und Gastronomen zu suchen, um die Zusammenarbeit im Bereich des frei zugänglichen WLAN-Netzwerkes zu erörtern und das Empfangsgebiet über die Hildener Innenstadt zum Beispiel in Restaurants oder Cafés zu erweitern.

Anregung gem. § 24 GO NRW von Herrn Andreas Benoit und dem Arbeitskreis Kommunalpolitik Hilden/Haan der Piratenpartei NRW vom 12.01.2014:

Der AK Kommunalpolitik Hilden/Haan der Piratenpartei NRW und der Antragsteller Andreas Benoit bitten den Rat und die Verwaltung der Stadt Hilden sich mit der Frage zu befassen, ob die Möglichkeiten zur Einrichtung eines freien WLAN-Netzes (Wireless Local Area Network) in der Hildener Innenstadt gegeben sind oder hergestellt werden können und die Ergebnisse sollen dem Stadtrat zeitnah zur Entscheidung vorgelegt werden.

7.2 Verkehrssicherheit DB-Brücke, Antrag der Fraktion ALLIANZ für Hilden WP 09-14 SV 66/162

Nach kurzer Diskussion und Zusage des Bürgermeisters, eine entsprechende Bitte auf Übersendung der Unterlagen an die Deutsche Bahn AG zu richten, zog Rm. Prof. Dr. Bommermann/ALLIANZ den Antrag seiner Fraktion zurück.

Antragstext:

Der Bürgermeister wird beauftragt, wegen der Sicherheit der Eisenbahnbrücke im Karnap unverzüglich

1. von der Deutschen Bahn AG die Unterlagen bezüglich der angeblich im Jahr 2011 stattgefundenen Untersuchung zu erbitten,
2. einen öffentlich bestellten und vereidigten Baustatiker mit einer Untersuchung der Brücke zu beauftragen,
3. ggfls. ordnungsbehördlich gegen die Deutsche Bahn AG vorzugehen.

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

8.1 Konnexität der Inklusionskosten

Bürgermeister Thiele teilte mit, dass der Verwaltungsvorstand beschlossen hat, sich an einer möglichen Sammelklage gegen den Gesetzesentwurf zu beteiligen.

9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

9.1 Antrag CDU - Umplanung des Wendehammers auf dem Azaleenweg

Rm. Buschmann reichte für die CDU-Fraktion folgenden Antrag ein:

Die CDU Fraktion beantragt, das Thema „Umplanung des Wendehammers auf dem Azaleenweg“ erneut im Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung auf die Tagesordnung zu setzen und hierzu die Sitzungsvorlage SV 66/165 um Erläuterungen zu den Festsetzungen des bestehenden Bebauungsplans zu ergänzen.

Begründung:

Die oben angegebene Sitzungsvorlage bildete die Grundlage für die Entscheidung im Stadtentwicklungsausschuss, die Grünanlage am Azaleenweg aufzugeben und dort zusätzliche Parkplätze zu errichten. Die CDU-Fraktion hat nunmehr Informationen erhalten, dass in dem bestehenden Bebauungsplan an dieser Stelle eine Grünfläche festgeschrieben sei. Diese Information war in der Sitzungsvorlage SV 66/165 nicht enthalten. Vor diesem Hintergrund hat die CDU Fraktion erneuten Beratungsbedarf.

9.2 Antrag FDP - Einführung einer Investitionsgrenze

Rm. Joseph reichte für die FDP-Fraktion folgenden Antrag ein:

Hiermit beantragen wir die Einführung einer Investitionsgrenze.

- 1. Die Investitionsquote soll max. 25 % der Gesamteinnahmen p.a. nicht überschreiten.*
- 2. Die Gesamtinvestitionshöhe/Verschuldung der Stadt Hilden soll auf insgesamt 40 Mio Euro begrenzt werden.*
- 3. Die Refinanzierung der Investitionen ist fristenkongruent vorzunehmen.*

Begründung:

- Investitionen haben eine langfristige strategische Bedeutung. Daher muss sich die Höhe der Investitionen an der aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt Hilden orientieren.*
- Die Investitionsgrenze ist der erste Schritt für ein strategisches Investitionscontrolling und soll den Verwaltungsvorstand, den Rat und seinen Gremien der Stadt Hilden bei den Entschei-*

dungen unterstützen. Insbesondere ist der Fokus bei den Entscheidungen auf die Bedürfnisse der Stadt Hilden, die Haushaltslage zu richten.

- Es soll eine Effizienzsteigerung bei den Investitionen erreicht und ermöglicht werden.*
- Haushaltskonsolidierung ist wichtiges Ziel generationengerechter Verwaltungsführung. Gleichwohl muss am Standort Hilden weiter investiert werden. Hierzu können die geplanten Investitionen in einer Entscheidungsmatrix auf Wichtigkeit und Prioritäten in allen Bereichen bewertet und dann sukzessive durchgeführt werden.*
- Ziel ist es, Fehlinvestitionen mit einhergehender unstrukturierter Schuldenpolitik zu vermeiden.*

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Bürgermeister Horst Thiele
Vorsitzender

Roland Becker
Schriftführer/in

Gesehen: